TAGBLATT

Eltern ächzen unter Kita-Kosten: Nun fordern St.Galler SP und Gewerkschaft VPOD eine Finanzspritze vom Kanton

Viele Eltern betreuen ihre Kinder wegen der Pandemie zu Hause, bezahlen aber trotzdem volle Kita-Kosten. Der Kanton St.Gallen sucht eine Lösung.

Janina Gehrig

06.04.2020, 05.00 Uhr

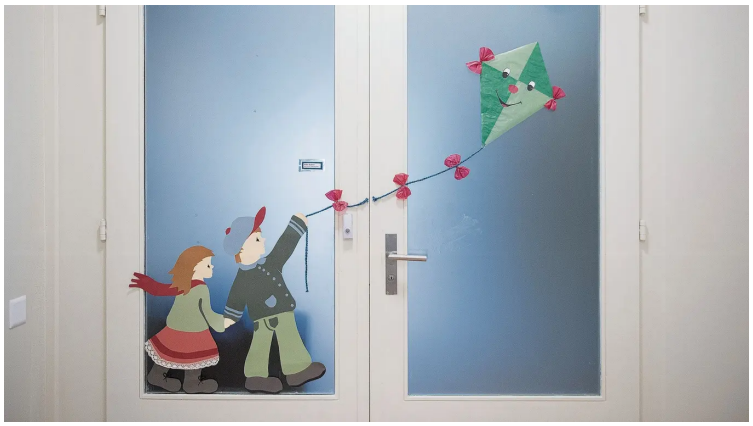

Bild: Urs Bucher

Noch verrechnen die meisten Kitas in der Ostschweiz Elternbeiträge, auch wenn die Kinder zu Hause betreut werden. Das soll sich nun ändern.

Irgendwann gehe die Rechnung nicht mehr auf, sagt Désirée Wild, Leiterin der Kita Zauberlehrling in St.Gallen. Weder für die Eltern noch für die Kitas. Als der Bund den Notstand ausgerufen und die Schulen geschlossen hat, empfahl er gleichzeitig, den Betrieb der Kindertagesstätten im Sinne einer Notbetreuung aufrecht zu erhalten. Für Kinder, deren Eltern in «systemrelevanten» Sektoren wie Spitälern oder in der Versorgung arbeiten, und für Kinder, die nicht privat betreut werden können.

Die Behörden riefen auch dazu auf, die Kinder wenn möglich daheim zu behalten, um die Ansteckungsgefahr möglichst gering zu halten. «Viele Eltern haben sich vorübergehend privat organisieren können. Doch das Verständnis ist nicht mehr so gross», sagt Wild. Denn die Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, müssen den Krippenplatz trotzdem bezahlen. Das verärgert viele.

Viele Eltern können sich Kitagebühren nicht mehr leisten

Dass die Rechnung nicht mehr aufgeht, bemerkt auch Roger Zahner. Laut dem Abteilungsleiter Kinder und Jugend beim St.Galler Amt für Soziales sind einige Kitas im Kanton bereits mit Kündigungen von Betreuungsverträgen konfrontiert worden.

Zahners Abteilung ist in ständigem Austausch mit den Kitabetreibern. Er redet von «sehr vielen Anfragen von Seiten der Eltern, vielen Diskussionen» und «grossem Druck». Im Kanton St.Gallen seien nach Ausrufung der Notlage mehr als die Hälfte der in Kitas betreuten Kinder im privaten Rahmen betreut worden, was die Kindertagesstätten entlastet und auch das Ansteckungsrisiko reduziert hat. Unter den Eltern herrsche aber nicht nur Unzufriedenheit. Für viele sei die Lage aus finanzieller Sicht schlicht nicht mehr tragbar.

«Wenn etwa ein Elternteil aufgrund der Coronakrise den Job verliert und der andere Elternteil Kurzarbeit leisten muss, geraten gewisse Familien in Schwierigkeiten, den Betrag zu bezahlen.»

Für die Betreiber wiederum bestehe eine grosse Unsicherheit, zumal sie meist nicht gewinnbringend geschäfteten. Es stelle sich etwa auch die Frage, ob die Gemeinden subventionierte Plätze weiterhin finanzieren würden, wenn das Kind zu Hause betreut werde. Da hilft auch ein Antrag auf Kurzarbeit wenig. Da die Kitas angehalten seien, die Kinder in kleineren Gruppen und wenn möglich in getrennten Räumen zu betreuen, leiste die Kurzarbeit nur einen kleinen Beitrag an den Ertragsverlust, sagt Zahner.

Gewerkschaft kritisiert «Kita-Chaos»

Schützenhilfe bekommen die Kitas von Gewerkschaftsseite. Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) kritisiert, dass die Kantone die Vorgaben uneinheitlich umsetzen. Von Anfang an herrschte, was der «Blick» als «Kita-Chaos» bezeichnete. Während die meisten Kantone die Krippen offen liessen, beschränkte etwa das Waadtland das Angebot nur noch auf Kinder, deren Eltern als medizinisches Personal arbeiten. Basel-Stadt und Solothurn wiederum schlossen den Kitabetrieb so weit wie möglich.

Die Gewerkschaft fordert zudem, dass das Betreuungspersonal besser geschützt wird und sich Bund und Kantone finanziell stärker für die Betreuungsstätten engagieren. Es könne nicht sein, dass der Bund dazu aufrufe, die Kinder wenn möglich daheim zu betreuen, die Kitas in der Folge jedoch in finanzielle Probleme geraten könnten, sagt Alexandra Akeret vom VPOD Ostschweiz. Im Augenblick würden sich Bund, Kantone und Gemeinden gegenseitig die Verantwortung zuschieben, weil niemand die Entscheide treffen oder bezahlen wolle, sagt sie. Der Verband fordert endlich klare Regeln. Akeret sagt:

«Die Kantone müssen festlegen, welche Kinder noch betreut werden sollen. Auch finanziell müssen Bund und Kantone nun einspringen.»

Druck kommt auch von der Politik. Die St.Galler SP forderte bereits vor einer Woche eine Klärung der Situation. So rechnete man bereits am vergangenen Freitag damit, dass der Bundesrat eine Lösung präsentieren würde. Wie der «Tagesanzeiger» berichtete, plant der Bund nämlich ein 300 Millionen Franken schweres Hilfspaket für Krippen und ähnliche Betreuungsangebote.

Nochmals denselben Betrag sollen die Kantone beisteuern, womit man auf 600 Millionen käme. Konkret sollen die Krippen eine Ausfallentschädigung erhalten für jene Kinder, die wegen des Coronavirus nicht mehr in die Kita kommen. Im Gegenzug sollen die Eltern keine Beiträge mehr für Kinder zahlen müssen, die sie gar nicht in die Krippe schicken.

Bundesrat spielt Ball an Kantone und Gemeinden zurück

Tatsächlich aber blieb Gesundheitsminister Alain Berset vage bei der Beantwortung der Frage, inwiefern der Bund die Kitas nun finanziell unterstützen solle. Kitas spielten eine sehr wichtige Rolle, aber die Situation sei nicht ganz einfach, sagte er. Kantone und Gemeinden müssten schauen, wie die Kitas in die bereits getroffenen Massnahmen eingebunden werden könnten.

Bettina Surber, Co-Fraktionspräsidentin SP St.Gallen.
(Bild: Regina Kühne)

Dass der Bundesrat in seiner Medienkonferenz vom Freitag keine konkreten Aussagen zur Entlastung der Kitas gemacht habe, sei enttäuschend, sagt die St.Galler SP-Co-Fraktionspräsidentin, Bettina Surber. Die Eltern seien aufgefordert, die Kinder wenn möglich zu Hause zu betreuen. Die Frage, ob die Elternbeiträge nach wie vor geschuldet seien, bleibe aber unbeantwortet. Das könne die Kitas in grosse Not bringen. Surber fordert:

«Wenn der Bund nicht bereit ist, die Betriebe zu entlasten, sollen Kantone oder Gemeinden einspringen.»

Der Kanton arbeitet an einer «baldigen» Lösung

Katrin Serries, Regionalleiterin Ostschweiz, Kibesuisse.
(Bild: PD)

Der Kanton gibt sich noch bedeckt. Man prüfe die baldige Umsetzung einer Lösung, sagt Zahner vom Amt für Soziales. Bis eine solche auf dem Tisch liegt, halten sich die meisten Betriebe an die Empfehlungen des Branchenverbands Kinderbetreuung Schweiz, Kibesuisse. Katrin Serries, Regionalleiterin Ostschweiz von Kibesuisse, sagt:

«Wir empfehlen den Betrieben weiterhin, die Elternbeiträge zu verrechnen.»

Solange die Schliessung nicht behördlich angeordnet werde, seien diese grundsätzlich geschuldet. «Ohne Anordnung» handle es sich um einen freiwilligen Verzicht. Sie verstehe zwar den Ärger der betroffenen Eltern. Ein freiwilliger Verzicht auf die Beiträge würde die Betriebe aber vor existenzielle Probleme stellen, sagt Serries.

Auch in dieser Frage reagieren die Kantone bisher uneinheitlich. Bereits jetzt übernimmt der Kanton Basel-Stadt etwa die Beiträge im Falle von Familien, die ihre Kinder daheim betreuen. Auch die Stadt Zürich springt finanziell ein.

Mehr zum Thema

«Es ist ein Solidaritätsgedanke bei den Eltern auszumachen, die ihre Kinder zu Hause behalten»: In den St.Galler Kinderkrippen werden deutlich weniger Kinder betreut

Das Corona-Virus zwingt viele Arbeitnehmende, von Zuhause aus zu arbeiten. Doch nicht allen ist das möglich. Das stellt vor allem Familien mit kleinen Kindern vor grosse Herausforderungen.

Christoph Renn 20.03.2020

Im Kanton St.Gallen bleiben die Kitas offen: So reagiert die St.Galler Regierung auf die neuen Massnahmen des Bundes

Der grösste Ostschweizer Kanton hält sich im Kampf gegen das Corona-Virus strikt an die Vorgaben des Bundes.

Christoph Zweili 16.03.2020

Copyright © St.Galler Tagblatt. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt ist nicht gestattet.